

# AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der  
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 61 | Sept. 2012

**INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD**

## seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,  
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

### **Steuern – lästiges, aber notwendiges Übel?**

Es gibt nur wenige Themen, die die Menschen mehr bewegen. Dabei geht es vielen Bürgern mehr um Gerechtigkeit als um die Höhe ihrer Steuerlast.

**Es klagen: Alle.**

- *Diejenigen, die keine Steuern zahlen müssen, fordern, dass Spitzenverdiener und andere mehr (zu ihren Gunsten) zahlen sollen.*
- *Die Masse der abhängig Beschäftigten klagt über fehlende Absetzmöglichkeiten. Sie werden durch die Lohnsteuer mit einem Drittel der gemeinschaftlichen Steuern belastet.*
- *Die Selbständigen bemängeln ein zu kompliziertes Steuerrecht.*
- *Die Besserverdienenden wünschen sich noch mehr Ausnahmetatbestände zur Senkung ihrer Steuerschuld.*

Und die Reichen? Sie finden Mittel und Wege, ihre Steuerpflicht zu umgehen. Und klagen dann über „unlautere“ Verfolgung durch die Steuerbehörden!

### **Wieviel darf, wieviel muss uns der Staat abverlangen?**

Der Staat soll mit Hilfe der Steuereinnahmen seinen Aufgaben nachkommen, ohne Mittel zu verschwenden. Dabei gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze:

- *Liberaler und viele Konservative fordern einen schlanken Staat, der nur die notwendigsten Ausgaben für die Allgemeinheit tätigt. Schlanker Staat heißt für sie auch: „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht!“*
- *Unserer Ansatz ist: Wir können uns keinen schlanken Staat leisten, wenn wir die Schwachen unserer Gesellschaft menschenwürdig unterstützen wollen und gleiche Zukunftschancen für alle anstreben.*

### **Steuern – Für Selbständige nicht das wichtigste Thema!**

Gerade wir Selbständigen sind auf Kommunen angewiesen, die in der Lage sind, Aufträge zur Erhaltung und zum Ausbau von Infrastruktur aller Art zu vergeben. Unser soziales Gewissen fordert ein Sozialwesen, das

allen, auch den Ärmern, eine ausreichende Grundversorgung sichert. Die Menschen, die nicht oder nicht mehr zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft gehören, müssen versorgt werden.

Für uns ist die Höhe unserer Steuerbelastung nicht das primäre Problem, so lange der Staat für uns Rahmenbedingungen schafft, durch die wir unternehmerisch handlungsfähig bleiben. Und so lange wir nicht das Gefühl haben: Wir sind die Kuh, die man beliebig melken kann, ohne sie ausreichend zu füttern und zu pflegen

### **Steuergerechtigkeit**

Steuern sind nach gängiger Definition Geldleistungen aller Bürgerinnen und Bürger an das öffentlich-rechtliche Gemeinwesen zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben.

Daraus entsteht grundsätzlich kein Anspruch auf individuelle Gegenleistung. Es hat das Solidaritätsprinzip zu gelten. Wer sich seiner Steuerpflicht entzieht, verhält sich nicht nur unsolidarisch, sondern kriminell.

## Inhalt

### seite 1

„Steuern – lästiges, aber notwendiges Übel?“ .....1

### Aus der Redaktion

Neue Erscheinungsweise, Werbeanzeigen .....2

### AGS vor Ort

AGS Bottrop: Veranstaltung zu Unternehmerkrediten.....3  
 Bürgerversicherung: Ein Thema auch für Selbständige .....4

### Rentenversicherung

Gastbeitrag von Martin Weber: „Zwangabsicherung für Selbständige“ .....5

### Mittelstand

Thomas Eiskirch: Förderung des Mittelstands in NRW .....7

### Rauchverbote

Forderung der AGSNRW: Prüfung von Ausnahmen beim totalen Rauchverbot .....8

### Handwerk

HWK Ddf./NWHT: Bericht vom Walter-Eucken-Workshop.....9  
 „Politik im Dialog“: Journalisten sind Handwerker des Wortes ..10

### Job-Speed-Dating

Veranstaltung: „Stell' mich ein auf Zollverein!“ .....11

### Personalia

André Stinka ist neuer Generalsekretär der NRWSPD .....12  
 Prof. Wolfgang Schulhoff begrüßt Berufung von Garrelt Duin zum NRW-Wirtschaftsminister .....12

### Service

Redaktionsschluss, Impressum .....12

### AGSNRW interaktiv

**eMail:** info@ags-in-nrw.de  
**Internet:** www.ags-in-nrw.de  
**Facebook:** AGSNRW  
**Twitter:** @agsnrw

Um Steuergerechtigkeit nicht zur Farce verkommen zu lassen, muss der Staat ernsthaft gegen Steuersünder vorgehen.

Wenn Bundesfinanzminister Schäuble mit dem Segen der Kanzlerin deutsche Steuersünder durch das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz schonen will, ist das alleine schon inakzeptabel. Wer aber die Beschaffung von Bankdaten aus der Schweiz kriminalisiert, kann die Verfolgung von Steuerdelikten auch gleich ganz einstellen. Als Dank bringt das bestimmt ein paar Parteispenden.

Minister und Kanzlerin haben aber mit ihrem Amtseid geschworen, Schaden vom deutschen Volk (und nicht von Steuerhinterziehern und bestimmter Klientel) zu wenden! Daran sollten sie sich zumindest gelegentlich erinnern. Oder erinnert werden.

Und von Sigmar Gabriel erwarten wir, dass er den Sachverstand von Peer

Steinbrück sowie die programmatischen Fähigkeiten Walter Steinmeiers („Deutschland-Plan“) nutzt, um endlich der Steuer- und Finanzpolitik der SPD eine klare Linie zu geben. Sozial gerecht und wirtschaftspolitisch wegweisend. Kurz: Endlich „Klare Kante zeigen“!

Auf ein Konto in der Schweiz verzichtet auch in Zukunft (aus Überzeugung und mangels Masse):



**André Brümmer**  
 Vorsitzender der AGSNRW

### Mehr zum Thema:

➤ „Schwarzgeldabkommen mit der Schweiz ablehnen!“ (Gastbeitrag von Florian Dohmen, AGS-NACHRICHTEN, Ausgabe April 2012, S. 12, 1,2 MB)

# AUS DER REDAKTION

## In eigener Sache:

# Neue Erscheinungsweise, Werbeanzeigen

Wir haben uns in der Sommerpause entschlossen, die Erscheinungsweise unseres Newsletters zu ändern. Haben wir bisher immer zum Ende eines Monats „geliefert“, werden wir ab sofort anstreben, am **ersten Montag eines jeden Monats** zu erscheinen. +++ Entschuldigen müssen wir uns für die Verzögerungen bei den schon erwähnten Werbeanzeigen im Newsletter. Während die meisten Genossinnen und Ge-

nossen in NRW nach dem erfolgreichen Landtagswahlkampf eine kurze Verschnaufpause einlegen konnten, stand in Dortmund Ende August noch die Wiederholung der Kommunalwahl von 2009 auf dem Programm (Ergebnis für die SPD: +5,9%). Da der Autor dieses Artikels auch kommunalpolitisch unterwegs ist, mussten wir dieses Thema zunächst zurückstellen. Wir bleiben aber am Ball! <

# AGS VOR ORT

## **AGS Bottrop – Gelungener Unternehmerabend: Veranstaltung zu Unternehmerkrediten**



**Am 05. Juli war es wieder so weit: Im Saal des „Cottage“ an der Herzogstraße in Bottrop trafen sich erneut die Unternehmer der AGS Bottrop zu einem informativen Unternehmerabend. Zu Gast war Christiane Breuer, Rechtsanwältin und stellvertretende Bundesvorsitzende der AGS.**

Christiane Breuer ist als Leiterin der Politikwerkstatt „Finanzen“ wirklich fit beim Thema „Basel II/III und die Auswirkungen für den Unternehmer vor Ort“, so dass sie das Thema anschaulich und verständlich referieren konnte. Dementsprechend begeistert waren die rund 35 Gäste, die es sich nicht nehmen ließen, im Anschluss an den Vortrag noch eifrig mit der Referentin zu diskutieren oder weitergehende Fragen zu stellen.

Susanne Brefort, Vorsitzende der AGS Bottrop und seit kurzen auch Mitglied des Bundesvorstands der AGS, äußerte sich hochzufrieden: „Man sieht doch, dass die Bottroper Unternehmer immer interessiert an unseren Themen sind.“

Zum Unternehmerstammtisch der Bottroper AGS kommen nicht nur SPD-Mitglieder, sondern auch zahlreiche Unternehmer aus Bottrop und Umgebung.

In 2012 sollen weitere spannende Themen angesprochen werden, u. a. steht „Fördermittel für Unternehmer“ auf dem Programm. 

# AGS VOR ORT

## Bürgerversicherung: Ein Thema auch für Selbständige



**Zu einer gemeinsamen Veranstaltung zum Thema Bürgerversicherung haben ASG NRW, AGS NRW und AGS Köln am 03. Juli ins Kölner SPD-Parteihaus eingeladen.**

Die Referenten **Karl Lauterbach (MdB, gesundheitspolitischer Sprecher)** und **Matthias Albrecht (Vorsitzender der ASG NRW)** haben bei ihrer grundsätzlichen Darstellung der Konzeption insbesondere über die Absicherung der (Solo-)Selbständigen in der Bürgerversicherung informiert und diskutiert. Mitveranstalter war für die AGSNRW Dipl.-Ing. Andre Brümmer (Landesvorsitzender) und Frank Böhm, Vorsitzender der AGS Köln. Zu Gast war Christiane Breuer, stellv. Vorsitzende der AGS in Bund und Land.

André Brümmer erklärte zu Beginn der Veranstaltung das große Interesse der AGS an der Bürgerversicherung: *Die AGS vertritt in NRW mehr als 6.000 Selbständige mit überwiegend kleinsten und kleinen Unternehmen. Darunter ist eine große Anzahl von Selbständigen mit geringem Einkommen. Deutschlandweit gibt es etwa 2,3 Mio. Solo-Selbständige. Viele von ihnen verdienen nicht genug, um die freiwillige soziale Absicherung bezahlen zu können. Deshalb sind Mindestbeiträge oft nicht leistbar.*

*Das führt u. a. auch zu einem erheblichen Einnahmeausfall bei den Krankenkassen. Die AGS fordert daher eine Einbeziehung Selbständiger in eine soziale Absicherung, die bezahlbar sein muss! Sozialversicherungsbeiträge müssen daher dem tatsächlichen Einkommen entsprechend erhoben werden!*

Brümmer wies darauf hin, dass der Arbeitskreis „Solo-Selbständige“ der AGS-NRW bereits auf dem Landesparteitag der NRWSPD im September 2011 durch ein Flugblatt auf die Problematik und auf die Forderungen der AGS aufmerksam gemacht hat.

Karl Lauterbach sprach in einem Statement über den Sachstand bei der Bürgerversicherung.

Die Beratungen seien keineswegs abgeschlossen.

Lauterbach erklärte weiterhin, dass die große Bedeutung dieser „Jahrhundertreform“ keine falsche Eile zulasse.

Der ASG NRW-Vorsitzende Matthias

Albrecht wies auf viele Punkte hin, in denen bisher bekannte Passagen der Bürgerversicherung überarbeitet werden müssten. Insbesondere bei der Art der Beteiligung Selbständiger besteihe noch erheblicher Beratungs- und Veränderungsbedarf.

Das fachlich sehr kompetente Publikum nahm rege an der folgenden Diskussion zur Bürgerversicherung teil. Eine gelungene Veranstaltung, die einmal mehr bewiesen hat, dass die Arbeitsgemeinschaften in der NRWSPD häufiger gemeinsame Veranstaltungen zu AG-übergreifenden Themen anbieten sollten. <



v.l.n.r.: André Brümmer, Karl Lauterbach MdB, Matthias Albrecht, Christiane Breuer, Frank Böhm

# RENTENVERSICHERUNG

**Gastbeitrag von Martin Weber, Dortmund:**

## „Zwangsansicherung für Selbständige“

Schon im Juni wollte unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Ursula von der Leyen, Details ihres Gesetzesvorhabens veröffentlichen, mit dem eine obligate Versicherung Selbständiger zur Absicherung gegen Altersarmut eingeführt werden soll.

Aber auch aus dem jetzt im August geöffneten „Rentenpaket“ erfährt man zu diesem Thema nicht viel Neues: „Die verpflichtende Absicherung von Selbständigen ist Teil des Rentenpakets, kommt zeitlich wegen noch nötiger Prüfungen und Klärungen jedoch später ins Gesetzgebungsverfahren.“

Dieser Informationsebbe stand zwischenzeitlich eine Beschwerde gegen Selbständiger gegenüber, die sich einer solchen Verpflichtung nicht beugen wollen (80.000 haben sich an einer elektronischen Petition gegen das Gesetzesvorhaben beteiligt).

Die Art und Weise wie UvdL hier ein durchaus wichtiges Thema vorzeitig in die politische Diskussion gebracht (und wahrscheinlich verbrannt) hat, ist leider so typisch für ihren Politikstil wie unerfreulich in der Sache. So wie die Dinge gelaufen sind, wird es jeder zukünftige Gesetzesentwurf schwer haben, der die Altersvorsorge Selbständiger verbessern will.

Schon im Vorfeld hatte die Ministerin die Notwendigkeit des Handels unnötig negativ belegt. Wer das Interview mit UvdL, das die Wirtschaftswoche im Januar 2012 mit ihr geführt hatte, gelesen hat, kann sich jedenfalls eines solchen Eindrucks nicht erwehren. Dort wurden vor allem die (zweifelloso im Einzelfall existierenden) Trittbrettfahrer unserer Sozialsysteme kritisiert, die ihre Vorsorge vernachlässigen, um im Alter planmäßig auf Kosten der

Allgemeinheit zu leben. Zynisch heißt es hier: „*Der Porsche in der Garage oder der Rembrandt an der Wand werden sicher nicht [als verlässliche Vorsorgeform] reichen.*“

Dabei wäre die Absicherung eines wachsenden Teils der Erwerbstätigen, die freiberuflich arbeiten und teilweise dafür auch Unternehmen gründen, mehr als wünschenswert. Aber was die Öffentlichkeit bisher über die geplante Umsetzung erfahren konnte, setzt meines Erachtens die falschen Akzente:

### Zwangsversicherung ohne Förderung

Der Vertragszwang und die pauschale Höhe der Vorsorgebeiträge ist ausführlich kritisiert und diskutiert worden. Eine Anpassung des Entwurfs soll erfolgen (d.h. beitragsfreie Gründerzeiten, einkommensabhängige Finanzierung ab einer Geringfügigkeitsgrenze). Auch wer einer Verpflichtung zum Sparen grundsätzlich nicht ablehnend gegenübersteht fragt sich, warum ein Anreiz durch Förderung insbesondere für Selbständige mit geringen Einkünften nicht in den Plänen vorgesehen ist.

Es widerspricht doch dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden, wenn abhängig Beschäftigten ein Förderbetrag zur Verfügung steht, der für einen Bruchteil der geplanten Zwangs-

pauschale für Selbständige bei Einrichtung eines Riestervertrages in Anspruch genommen werden kann (er beträgt 60 EUR jährlich!), Selbständige aber nach Überschreiten einer Mindestverdienstgrenze die gesamte Vorsorge aus ihren Einkünften erzielen sollen.

### Nun hängt die Riesterförderung bekanntlich von der Sozialversicherungspflicht des Beschäftigten ab.

Betrachtet man jedoch das Rentenpaket im Ganzen, so muss man Folgendes feststellen: Mit der Einführung der geplanten Zusatzrente in der gesetzlichen Rentenversicherung (für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) geht der Versicherungscharakter der GRV weiter verloren.

Schon jetzt werden die Leistungen aus der GRV mit Steuereinnahmen gefördert. Die Idee, sozialen Ausgleich allein durch das Steuersystem herzustellen, ist damit faktisch aufgegeben. Daher kann man gering verdienenden Selbständigen eine Förderung zur Altersvorsorge durch Ausweitung der Riesterförderung ebenfalls nicht verwehren.

Eine – wie von der AGS seit langem geforderte – Möglichkeit der freiwilligen Versicherung in der GRV würde diese Möglichkeit der Förderung schon jetzt lösen.

# RENTENVERSICHERUNG

## Anforderungen an Vorsorgeverträge

Als Altersvorsorge sollen nach dem nur in groben Zügen bekannten Konzept nur solche Verträge anerkannt werden, die lebenslange Renten garantieren. Dies schränkt anerkannte Vorsorge auf Versicherungsprodukte ein, denn nur Versicherer dürfen Garantien auf lebenslange Rentenzahlungen zusichern. Betriebsintern finanzierte Zusagen auf Versorgungsleistungen, wie sie bei Kapitalgesellschaften möglich sind, würden demnach je nach Vertragsausgestaltung nicht anerkannt.

Weil das Schicksal dieser Zusagen für den Unternehmenseigner eng mit dem Fortbestand des Unternehmens verbunden sind, könnte dies die Anerkennung grundsätzlich in Frage stellen. Auch der Privatunternehmer, der – dem allgemeinen Ratschlag zur Risikostreuung folgend – schon private Anlageformen für eine flexible Altersversorgung eingerichtet hat, wird zur Umfinanzierung gezwungen.

Insgesamt eine Kannibalisierung bestehender Vorsorgeformen, die weder

sinnvoll ist, noch gewünscht sein kann. Zwangsläufig wird daher die Komplexität der Gesetzesausgestaltung steigen. Am Ende stößt man den solventen Selbständigen, die schon selbst Vorsorge betrieben haben, mit neuen Vorschriften unnötig vor den Kopf und zehrt auf der anderen Seite die schmalen Einkünfte gering verdienender Selbständiger aus.

Schon wird laut darüber spekuliert, ob das Gesetzesvorhaben vor der Ausformulierung der Vorlage wieder aus der Welt verschwindet. Dabei wären Maßnahmen gegen die Altersarmut Selbständiger dringend erforderlich. Insbesondere die Kleinstunternehmer, die eher unfreiwillig aus der gesetzlichen Absicherung gefallen sind, hätten Förderung verdient. Zehn Jahre nach dem Altervermögensgesetz ist eine Sichtung des Förderdschungels in Deutschland dringend notwendig.

Das ist von der jetzigen Regierung nicht zu erwarten – im Gegenteil, die Erweiterung der GRV um die so genannte Zusatzrente wird auf das kommende Jahr und damit in den BT-Wahlkampf verschoben.

Die damit verknüpfte Zwangsversicherung für Selbständige ist damit quasi vom Tisch. Frau von der Leyen hat dies Zugeständnis an die FDP als Sieg verkauft.

Ich sage voraus: Falls die kommende Regierung unter SPD-Beteiligung eine Neuordnung der gesetzlichen und privaten Altersvorsorge umsetzt (nur ihr dürfen wir das zutrauen) und sich dabei auch der schlecht verdienenden Kleinstunternehmer annimmt, wird dies die jetzige Ministerin in ihrer politischen Vita als einen der von ihr erkämpften sozialen Errungenschaften des Landes beanspruchen. <

**Über den Autor:** Martin Weber lebt und arbeitet in Düsseldorf und Dortmund als Versicherungsmathematischer Sachverständiger für betriebliche Altersversorgung bei einem Lebensversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe und als Freiberufler. Er ist 46 Jahre alt, verheiratet, hat drei Kinder und ist Mitglied der SPD im Stadtbezirk Dortmund-Brackel.



# MITTELSTAND

**Thomas Eiskirch:**

## Förderung des Mittelstands in NRW

*„Mittelstandsgesetz macht die dialogorientierte Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zum Gesetz.*

*Konzernunabhängige, in der Regel eigentümer- oder inhabergeführte kleine und mittlere Unternehmen bilden das Kraftzentrum der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Die Landesregierung bringt heute den Entwurf für ein Mittelstandsgesetz in den Landtag ein, das diesen Namen wirklich verdient.*

*Kernstück des Mittelstandsgesetzes ist eine Clearingstelle, die die Wirkungen von Gesetzen und Verordnungen für den Mittelstand frühzeitig prüft und erörtert. Dies ist bundesweit einmalig. Der Gesetzentwurf erfährt öffentliche Zustimmung aus dem Mittelstand, dem Handwerk und von den Gewerkschaften“.*

(aus: „SPD-Fraktion im Landtag“, Ausgabe August 2012)



Dazu **Thomas Eiskirch**, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von NRW in seiner Rede zur Einbringung des Mittelstandsgesetzes:

„Nordrhein-Westfalen ist bekannt als Unternehmenssitz großer Konzerne wie Bayer, Eon, Evonik, RWE oder Thyssen-Krupp. Darauf sind wir stolz und wir wollen, dass diese Unternehmen auch zukünftig in Nordrhein-Westfalen gute Bedingungen vorfinden und sich von hier aus weiter entwickeln. Wir wissen aber auch: Die Zukunft für

wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in unserem Land hängt nicht in erster Linie davon ab, ob es gelingen wird, die Zahl der DAX 30-Unternehmen mit Sitz in NRW von bislang 9 auf 10 oder 11 zu erhöhen.

Das Herz der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist und bleibt der Mittelstand. Konzernunabhängige, in der Regel eigentümer- oder inhabergeführte kleine und mittlere Unternehmen der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Freien Berufe sowie des Gewerbes bilden das Kraftzentrum der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Die 2010 abgewählte schwarz-gelbe Regierung hat 2006 das damals gültige Mittelstandsgesetz abgeschafft. Sie hat den Verlauf und das Ergebnis der Anhörung verweigert. Bei dieser Anhörung hatten sich viele Verbände für ein neues Mittelstandsgesetz ausgesprochen.

Auch auf solche Ereignisse kann zurückgeführt werden, was Herr Laschet oder Herr Wüst heute selbst beklagen: dass der CDU die Kompetenz in der Wirtschaftspolitik verloren gegangen ist.

Der Gesetzestext wurde von einer rot-grünen Landesregierung in enger Abstimmung mit den Arbeitgeberverbänden, den Industrie- und Handelskammern, dem Handwerk, der Wissenschaft, dem Verband der Freien Berufe, den Gewerkschaften, den kommunalen Spitzenverbänden und den sonstigen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft erarbeitet.

Ich danke insbesondere Minister Voigtsberger und Staatssekretar Horzetzky für die engagierte und intensive Betei-

ligung der Institutionen und die vielen Gespräche, die zu dem nun vorliegenden Gesetz geführt haben.

Harry Voigtsberger, Günther Horzetzky und ihr Team haben es geschafft, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sich bereits mit dem Gesetz identifiziert:

Im Jahresbericht von „Unternehmer NRW“: *„Positiv zu bewerten ist der Entwurf des Wirtschaftsministeriums für ein Mittelstandsgesetz NRW. „Unternehmer NRW“ ist der Meinung, dass eine neue Landesregierung diesen Gesetzentwurf aufgreifen und umsetzen sollte.“*

Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag, Handwerk NRW, lobt das Mittelstandsgesetz in seiner Pressemitteilung vom 28. Juni als *„einen weiteren Meilenstein für Mittelstand und Handwerk“* und bedankt sich ausdrücklich bei der Landesregierung.

Der DGB und die Gewerkschaften begrüßen das neue Mittelstandsgesetz: *„Es ist das erste Mittelstandsgesetz eines Bundeslandes, das betriebliche Interessenvertretung ausdrücklich würdigt und ihre wichtige Funktion als Wachstums- und Beschäftigungsmotor anerkennt. Damit nimmt NRW bundesweit eine Vorreiterrolle ein.“*

Der Gesetzentwurf enthält wesentliche Elemente, die die mittelständische Wirtschaft in unserem Land starken wird. Die Clearingstelle, die die Wirkungen von Gesetzen und Verordnungen für den Mittelstand frühzeitig prüft und erörtert, ist bundesweit einmalig. Die Verwaltungsverfahren werden mittelstandsorientiert überarbeitet werden.

Mit dem Mittelstandsgesetz wird die dialogorientierte Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zum Gesetz. Ich freue mich sehr auf die Diskussion im Ausschuss und mit der Opposition. Dieses Gesetz ist geeignet, breite Zustimmung nicht nur in der Wirtschaft sondern auch in diesem Parlament zu finden.“



Wirtschaftsminister Garrelt Duin erklärte bei der Vorstellung des Entwurfs für ein Mittelstandsförderungsgesetz,

den die Landesregierung im Juli in den Landtag eingebracht hat: „Mit dem neuen Mittelstandsgesetz wird Nordrhein-Westfalen bundesweit Maßstäbe für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik setzen.“

**Gesetzesentwurf der Landesregierung**  
Drucksache 16/126, siehe auch [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de):

*Beratungsstand: Nach der 1. Lesung am 05.07.2012 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie an den Ausschuss für Klimaschutz, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.* <

# RAUCHVERBOTE

**Forderung der AGSNRW:**

## Prüfung von Ausnahmen beim totalen Rauchverbot

**Zur aktuellen Diskussion zur Verschärfung des Nichtraucherschutzes in NRW hat sich auch die AGSNRW geäußert. In einer Pressemitteilung schreibt Landesvorsitzender André Brümmer:**

Maßlose Rauchverbotsregelungen zu Lasten der Rechtssicherheit von Gastronomen lehnt die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der NRWSPD (AGSNRW) ab! Betriebe, die dem erst unlängst beschlossenen strengeren Raucherschutz im wahrsten Sinne des Wortes *Rechnung getragen* haben und sich deshalb erheblich verschulden mussten, haben ein Anrecht auf Übergangsregelungen.

Nichtraucherschutz hat da seine Grenzen, wo volljährige RaucherInnen bewusst das ihnen bekannte Gesundheitsrisiko eingehen. Ansonsten müsste auch der Genuss von Alkohol konsequent verboten werden. Auch bei Brauchtumsfesten und bei geschlossenen Veranstaltungen sollte maßvoll reguliert werden.

Die AGSNRW begrüßt, dass sich Britta Altenkamp und andere Mitglieder der NRWSPD offen zeigen für Einwände gegen die von Gesundheitsminis-

terin Steffens betriebene Überreglementierung der Bürgerinnen und Bürger in NRW. Und: Politische Entscheidungen sollten immer auch Auswirkungen auf die Wirtschaft berücksichtigen.

Insbesondere der letzte Satz sollte bei unseren Landpolitikern Berücksichtigung finden. Wir sind als Vertreter von Selbständigen verpflichtet, berechtigten Anliegen unserer Mitglieder Gehör zu verschaffen. Insbesondere dann, wenn es an verlässlicher Politik in unserem Land hapert. Zumindest Übergangsregelungen für kleine Gastronomie-Betriebe sollten gefunden werden. <

**Mehr zum Thema:**

> „Mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit von der Landesregierung gefordert“ (AGS-NACHRICHTEN, Ausgabe Januar 2012, S. 10, 728 kB)



# HANDWERK

## Handwerkskammer Düsseldorf / NWHT: Bericht vom Walter-Eucken-Workshop

Die Handwerkskammer Düsseldorf lud im Rahmen des „Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft“ am 26. Juli 2012 zum „Walter-Eucken-Workshop“ ein. Thema war „Basel III und Mittelstand – sind die Interessen von Handwerk und Mittelstand gewahrt, nachdem EU-Parlament und EU-Rat sich zu Basel III positioniert haben?“ (Bericht von Christiane Breuer, Leiterin des „Arbeitskreises Finanzen“ der AGSNRW und Bundes-AGS)

**Vor dem Hintergrund der Verhandlungen zwischen den beiden EU-Institutionen nahm der Workshop eine Bestandsaufnahme der relevanten Positionen zu Basel III vor und unterzog diese einer Bewertung aus Sicht von Handwerk und Mittelstand.**

Die Eröffnung und Begrüßungsrede führte der Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf und des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages, Professor Wolfgang Schulhoff, durch und erklärte: „Wir müssen Politik und Finanzmärkte auf Entzug setzen. Der Mix aus Staatsverschuldung und Niedrigzinspolitik hat wie ein Drogencocktail gewirkt. Ohne eine Stabilitätskultur ist der Euro zum Scheitern verurteilt.“

Der Leiter des „Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft“, Dr. Thomas Köster, moderierte den Workshop, zu dem Referenten aus sämtlichen betroffenen Bereichen geladen waren: Neben Sebastian Schulte, Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Unternehmerverbandes Deutsches Handwerk, der eine Bewertung aus der Sicht des Handwerks vornahm, kamen auch Vertreter aus Politik (Sven Giegold, MdEP-Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlamentes), der Bankenaufsicht (Reinert Nicolas, Leiter des Regionalbereiches

Banken- und Finanzaufsicht der Hauptverwaltung in NRW der DBB in Düsseldorf), der Mittelstandsbanken (Ludwig Lippes, Bereichsleiter Prüfung von Kreditgenossenschaften, Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.; Heinz Welter, Sparkassendirektor a.D., Rheinischer Sparkassen- und Giroverband) und der Wissenschaft (Prof. Dr. Jörg Thieme, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf und Dr. Norbert Kuhn, Deutsches Aktieninstitut e.V. in Frankfurt) zu Wort.

Die künftig einmal jährlich stattfindende Veranstaltungsreihe „Walter-Eucken-Workshop“ ergänzt die Reihe der „Röpke-Symposien“, die das Kompetenzzentrum bereits seit fünf Jahren durchführt und die den profilierten Wissenschaftlern ein Forum der Begegnung und der Kontroverse zu ökonomischen und sozialpolitischen Schicksalsthemen von Handwerk und Mittelstand gibt. <



Dr. Thomas Köster (l.), Prof. Wolfgang Schulhoff (m.), Sven Giegold (2.v.r.)

Der NWHT Presse-Information Nr. 7/2012 vom 26. Juli 2012 sind Details zur Veranstaltung zu entnehmen:

➔ <http://www.nrwhandwerkstag.de>

Eine weitergehende Information und Kommentierung wird in der nächsten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN folgen.

# HANDWERK

## NWHT lud zu „Politik im Dialog“ ein: „Journalisten sind Handwerker des Wortes“



**Zum diesjährigen Round-Table-Gespräch am 23.08. hatten Prof. Wolfgang Schulhoff (Präsident des NWHT Düsseldorf) und Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel (HGF des NWHT) nach Dortmund eingeladen.**

Professor Schulhoff eröffnete die Veranstaltung mit der Begrüßung einiger Gäste, so Dipl.-Ing. Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und sowie des Deutschen Handwerkskammertages. Prof. Schulhoff nannte die wirtschaftliche Lage und die Aussichten des Handwerks diffus, aber tendenziell positiv, nachdem das durchweg gute Vorjahr gezeigt hätte, dass das Handwerk zu den stabilisierenden Faktoren der deutschen Wirtschaft gehört.

Insbesondere das vorbildliche „Duale Ausbildungssystem“ hätte dazu beigetragen, Deutschland vor einer hohen Jugend-Arbeitslosigkeit zu bewahren. Das Interesse anderer europäischer Länder an diesem System würde wachsen.

Traditionell war die dem Handwerk sehr verbundenen Signal-Iduna-Gruppe Hausherr und Gastgeber. Ihr Vorstandsvorsitzender Reinhold Schulte richtete ein Grußwort an die Versammlung. Er drückte seine Besorgnis zur Staatsverschuldung, nicht nur in Deutschland aus. Alleine für das

Handwerk habe die Signal-Iduna-Gruppe ca. 55 Mrd. € an Altersversorgung zu verwalten. Als Säule der Altersversorgung seien Staatsanleihen nur so lange geeignet, wie Staaten die Haftung für ihre Anleihen sichern könnten.

Gastredner der Veranstaltung war Sven Gösmann, Chefredakteur der Rheinischen Post. Sein Thema: „Alles nur noch Facebook, Twitter und Co.? – Wie entwickelt sich unsere Mediengesellschaft?“

Gösmann sieht die Journalisten als „Handwerker des Wortes“. Leider seien sie aber auch Getriebene der Technik. Leser hätten keine Geduld mehr, gründliche Recherchen abzuwarten. Hintergründiges sei auf dem Rückzug. Die Kurzlebigkeit des Wertes von Nachrichten habe zu einer Beschleunigung geführt, die den Weg von einer Informations- in eine Unterhaltungsgesellschaft führe. Ein Beispiel für diesen Wandel sei die Personalisierung von Problemen. Nicht der Verbleib von Griechenland im Euro-Verbund, son-

dern die Auseinandersetzung dazu zwischen Seehofer und Kanzlerin bestimme die Schlagzeilen.

Für die Rheinische Post sieht Gösmann die Zukunft als Nachrichtenvermittler mit starkem regionalen Bezug und als „Erklär-Zeitung“.

Kritik äußerte Gösmann an der Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien, denen er wettbewerbsverzerrendes Handeln vorwarf, insbesondere durch ihre Internet-Präsenz.

In der anschließenden Diskussion wurde die Rolle neuer Medien wie Facebook und Twitter erörtert. Ob Fluch oder Segen – das blieb umstritten.

Die Veranstaltung war ein gelungener Beitrag zum Dialog zwischen Politik und NWHT. André Brümmer, Vorsitzender der AGSNRW und Gast der Veranstaltung: „Es ist sehr lobenswert, dass das Handwerk sich derartiger gesellschaftspolitisch relevanter Themen annimmt.“

# JOB-SPEED-DATING

## Veranstaltung „Job-Speed-Dating Ruhrgebiet“ in Essen: „Stell’ mich ein auf Zollverein!“

Am 24. Oktober 2012 findet ein großes Job Speed Dating auf Zeche Zollverein in Essen statt. Es richtet sich an Arbeitslose aus dem gesamten Ruhrgebiet und an Beschäftigte, die auf der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle sind.

**Dies ist die erste Veranstaltung ihrer Art, die aus privater Initiative vorbereitet und durchgeführt wird, mit der Unterstützung und Förderung von Sponsoring, ohne eine Kooperation mit Arbeitsagenturen und Jobcentern.**

Initiator dieses Events ist PCC (Project Competence Center), ein Neu-Unternehmen und Träger der Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt, angesiedelt in Gelsenkirchen. Aus den vorherigen Tätigkeiten bestens vertraut mit den Problemlagen des Arbeitsmarktes und den Zielgruppen der verschiedenen Standorte im Ruhrgebiet, will PCC neue Akzente und innovative Ideen in den lokalen und überregionalen Arbeitsmarkt einbringen und setzt dabei auf den Dialog zwischen öffentlicher Arbeitsvermittlung, Unternehmen, Presse und Politik. Mit dieser Veranstaltung soll das Engagement und die Motivation von Unternehmen und Arbeitssuchenden im Ruhrgebiet unterstützt werden.

Mitarbeiter der PCC haben 2009 das erste Job-Speed-Dating in Deutschland im Münchener Rathaus erfolgreich durchgeführt, danach u.a. in Gelsenkirchen (Veltins-Arena), Bochum (Eisenbahnmuseum) und Essen (Weststadthallen).

Wie bei einem Speed-Dating lernen sich Arbeitssuchende und Arbeitgeber

in 10-Minuten Gesprächen kennen, tauschen sich aus und vereinbaren bei gegenseitigem Interesse ein Folgegespräch im Hause des Arbeitgebers. Das Kennenlern-Gespräch wird nach 10 Minuten durch ein akustisches Signal unterbrochen und der Gesprächspartner wird gewechselt. Binnen kurzer Zeit werden so zahlreiche Gespräche geführt, Kontakte geknüpft und Folgetermine vereinbart.

Die angebotenen offenen Stellen umfassen alles von Helfer-Stellen bis zu qualifizierten Fachkräften. Begleitet wird die Veranstaltung von einem Rahmenprogramm mit musikalischer Untermalung und Catering.

Die Arbeitssuchenden erhalten so die Gelegenheit, sich persönlich einem Arbeitgeber zu präsentieren, Bewerbungssituationen zu trainieren und wertvolles Feedback zur Bewerbung zu erhalten. Arbeitgeber lernen innerhalb kurzer Zeit eine Vielzahl von motivierten Bewerbern kennen, können kurzfristig Personalbedarfe decken und erhalten die Gelegenheit zur Präsentation ihres Unternehmens.

Die Teilnahme ist kostenlos für jedermann.

Zur Erreichung einer hohen Teilnehmerzahl an Arbeitgebern und Arbeitssuchenden stellt PCC ab der ersten Septemberwoche eine Website ins

Netz (s.u.). Hier findet man alle notwendigen Informationen und Hilfsmittel zur Vorbereitung auf die Veranstaltung. Eine notwendige Anmeldung wird ebenfalls auf dieser Seite vorgesehen. Ferner stehen Mitarbeiter von PCC selbstverständlich jederzeit für Fragen und Anregungen unter Tel. 0209-91326901 zur Verfügung.

### Weitere Infos:

[www.Job-Speed-Dating-Ruhrgebiet.de](http://www.Job-Speed-Dating-Ruhrgebiet.de)

## Beruflicher Wechsel:

# André Stinka ist neuer Generalsekretär der SPD in Nordrhein-Westfalen



**André Stinka, stellvertretender Vorsitzender der AGSNRW, ist neuer Generalsekretär der SPD in Nordrhein-Westfalen.**

Er ist durch einstimmige Beschlüsse von Präsidium und Landesvorstand zum neuen Generalsekretär ernannt worden. André Stinka hat das Amt bereits angetreten, zunächst kommissarisch. Auf dem Landesparteitag der NRWSPD am 29. September in Münster stellt er sich dann dem Votum der Delegierten.

André Stinka kommt aus Dülmen/Coesfeld und ist seit 1985 Mitglied der SPD. Er war bis zur NRW-Wahl am 13. Mai 2012 Landtagsabgeordneter des Kreises Coesfeld, sowie Umwelt- und Klimaschutzpolitische Sprecher der bisherigen SPD-Fraktion.

Sein politisches Engagement „bewegte sich dabei immer zwischen Idealen, die es zu erreichen gilt und pragmatischen Lösungsansätzen.“

Im Landtag war ich Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und leitete dort den Arbeitskreis der SPD-Abgeordneten. Damit war ich auch Sprecher der SPD-Fraktion für diese Themenbereiche, zu denen zusätzlich noch der Verbraucherschutz gehört. Außerdem habe ich im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie gearbeitet und habe versucht, dort die Themen Umwelt/Klima mit der Wirtschaft zu verknüpfen“, so André Stinka auf seiner Homepage.

André Stinka ist der Nachfolger von Michael Groschek, dem neuen Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr. <

## Prof. Wolfgang Schulhoff begrüßt Berufung von Garrelt Duin zum Wirtschaftsminister

**NRW-Handwerk erwartet enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.**

Schon an seinem ersten Arbeitstag hat der neue Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Garrelt Duin, Kontakt mit Prof. Wolfgang Schulhoff, dem Präsidenten des NRW-Handwerks, aufgenommen. Ein Umstand, der beim NRW-Handwerk verständlicher-

weise Freude auslöste, zumal Wirtschaftsminister Duin kurz darauf auch öffentlich seine Wertschätzung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen kundtat.

Mit Garrelt Duin konnte Prof. Schulhoff zugleich auch den ersten Handwerksminister in der Geschichte Nordrhein-Westfalens und den einzigen

Handwerksminister bundesweit begrüßen. Die Geste von Frau Ministerpräsidentin Kraft, die Bezeichnung „Handwerk“ in den Namen des Ministeriums aufzunehmen, hat im NRW-Handwerk große Beachtung gefunden. Darüber hinaus sei die erneute Berufung von Dr. Günther Horzetzky zum Staatssekretär die Gewähr dafür, dass Wirtschaftsministerium und NRW-Handwerk ihre bewährte gute Zusammenarbeit reibungslos fortsetzen würden. <

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang Oktober, Redaktionsschluss ist Montag, der 24.09.2012. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse [redaktion@ags-in-nrw.de](mailto:redaktion@ags-in-nrw.de) senden.



**SELBSTÄNDIG.  
VERANTWORTLICH.  
SOLIDARISCH.**

**Die AGS in NRW.**

Bis zur nächsten Ausgabe!

**André Brümmer**  
Vorsitzender der AGSNRW